

16. Umweltbewußtsein und Ethik - Grundsätze und Perspektiven

Von Günter Altner

[Es wird hier lediglich der dritte Teil des bei der Internationalen Sommeruniversität Osnabrück/Münster 1994 gehaltenen Referats wiedergegeben. Im ersten Teil - »Aktuelle Problemhorizonte« - zeigt Günter Altner am Beispiel der Klimakrise das »eigentlich Erschreckende« an den vom Menschen hervorgerufenen ökologischen Zerstörungsprozessen auf: daß sie in äußerst kurzer Zeit globale Ausmaße annehmen; hinzu kommt, daß trotz des enormen Wissens um die Gefährdungen und ihre Mechanismen eigentlich nur - zumindest angesichts der Globalität der Phänomene - wirkungslose Maßnahmen eingeleitet wurden. Vielleicht handelt es sich dabei um »ein Defizit an Moral und Entscheidungswillen«, und wir müssen uns die Grundsatzfrage nach unserer Verantwortungsfähigkeit stellen. Deren Ausgangspunkt ist die Einsicht in die fundamentale Ambivalenz des Menschen: auf der einen Seite seine Neigung, sich selbst und seine Lebensgrundlagen zu zerstören, und auf der anderen Seite seine »Möglichkeit des Aufbaus menschlicher Bezüge, die Möglichkeiten sozialen Lernens, die Möglichkeiten der Mitmenschlichkeit, auch die Möglichkeiten einer Synthese und Harmonie zwischen Kultur und Natur«. Dies bedeutet, so Altner im zweiten Teil seiner Ausführungen (»Grundsätzliche Überlegungen zur Ermöglichung einer Umweltethik«), eine Relativierung der Sonderstellung des Menschen, eine Öffnung »gegenüber den Bedürfnissen des fernen Nächsten in den Entwicklungsländern« und eine Öffnung »gegenüber den Bedürfnissen der nichtmenschlichen Natur«. Bei der Diskussion um eine neue Ethik geht es auch - und das ist das eigentlich Spannende, so Günter Altner - »um eine Ausweitung der Pflichten menschlicher Verantwortung«. Gerade die Unverfügbarkeit aller Lebenszusammenhänge und Lebensformen verpflichtet zu einem äußerst behutsamen Umgang mit den Dingen, betont Altner im Anschluß an Hans Jonas. Eine umfassende Umweltethik muß gleichwohl auch auf Kenntnissen über die Lebensbedürfnisse der nichtmenschlichen Natur gründen und darauf, daß diese mit den menschlichen in Einklang zu bringen sind. Dies ist aus Albert Schweitzers Begründung seiner Ehrfurcht vor dem Leben (»Ich will leben, das Leben will, inmitten von Leben, das Leben will.«) zu folgern. Die Hauptperspektive der vor uns liegenden, auszuweitenden Verantwortung muß laut Altner die Dritte Welt ebenso umfassen wie die kommenden Generationen und die globalen ökologischen Zusammenhänge.]¹

Ich will im dritten Teil meiner Ausführungen bewußt über diese unverzichtbare Grundsatzdiskussion hinaus verdeutlichen, wohin das Umweltbewußtsein, wohin die öffentliche Umweltdiskussion uns schon getragen hat. Denn das ist das Interessante an der Entwicklung des letzten Jahrzehnts, daß dieses Umweltbewußtsein uns nicht nur vor die Notwendigkeit einer tiefgründigen ethischen Reflexion gestellt hat. Im Kontext dieser Grundsatzdiskussion wurde längst über Handlungsstrategien, über neue Handlungskonzepte in sehr verschiedenen Bereichen nachgedacht, wurden ansatzweise auch schon erste Praxisversuche gemacht. Ich will im folgenden, [...] in Kurzkennzeichnung fünf Problemebenen ansprechen, die sich unter dem Ansturm der Ökologiefrage und der mit ihr verbundenen ethischen Frage nach einer erweiterten Verantwortung ergeben haben: die technische Ebene, die ökonomische Ebene, die politische Ebene, die rechtliche Ebene und noch einmal die Ebene des Individualverhaltens (sprich: was ich zur Gestaltung meines Lebensstils als Antwort auf die grundlegenden Fragen tun kann).

¹Anmerkungen in eckigen Klammern vom Herausgeber dieses Tagungsbandes.

Zur *Technik*: Die Frage, was es heißt, ökologische Verantwortung zu tragen, wird am deutlichsten im Bereich der Energietechnik beantwortbar. Hier haben wir den längsten Anmarsch in der Vergangenheit geleistet; ausgehend von den Protesten gegen die Atomenergie Anfang der 70er Jahre über die Energie-Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages bis hinein in die Arbeiten der Klima-Enquête-Kommission.

Inzwischen ist das nicht mehr nur Theoriearbeit. Inzwischen gibt es auch Einrichtungen, die sich ganz konkret um eine veränderte Energiepolitik bemühen, in Niedersachsen etwa die Energieagentur in Hannover, die auf der einen Seite den Ansatz alternativer Energiepolitik aufnimmt und auf der anderen Seite im kritischen Einvernehmen mit Energiewirtschaft und Landesregierung daraus Konsequenzen zu ziehen versucht, nicht zuletzt im Bereich der Wärmekraftkopplung. 1907 benötigten die städtischen Elektrizitätswerke in Berlin für die Herstellung einer Kilowattstunde 11 Kilogramm Kohle, ungefiltert. Heute benötigt ein modernes Kohlekraftwerk zur Herstellung der gleichen Leistung statt 11 kg Kohle 310 g Kohlenstaub bei 99% Staubabscheidung. Dieser Fortschritt ist gewaltig. Das macht deutlich, was möglich wird, wenn die Frage der grenzenbewußten haushälterischen Wirtschafts- und Lebensweise in die Entwicklung und Optimierung von Technik als fundamentale Herausforderung eindringt. Technische Lösungen hängen immer davon ab, in welchem Interesse sie angestrebt werden: ob unter dem Druck vordergründiger Gewinninteressen oder auch unter dem Druck von Bestands- und Erhaltungsinteressen. Ich will mit diesem Beispiel nicht gesagt haben, daß die Lösung der Energiepolitik und des Energie- und Klimaproblems mit der Verbesserung der Kohlekraftwerke bereits gegeben wäre. Ich wollte nur ein Beispiel für die Veränderung von Technik unter dem Druck der Ökologiefrage vor Augen führen.

Natürlich gehört zum Konzept einer ökologisch verantworteten Energiepolitik das Prinzip des sparsamen Energieverbrauchs, die Steigerung der Energieeffizienz, die Steigerung des Nutzungsgrades. Hier gibt es, bedingt durch die Verbesserung des Nutzungsgrades bei der Erzeugung und beim Verbrauch der Energie (vom Kraftwerksbereich bis in die privaten Haushalte, bis zum Verkehr, bis in die industrielle Produktion) nach wie vor in der Bundesrepublik Einsparpotentiale in der Größenordnung von ca. 50%, gemessen am gegenwärtigen Primärenergieverbrauch. Eben auf der Grundlage dieser immer wieder geprüften Erkenntnisse, hat die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre« als zentrale Maßnahme zur Bewältigung des CO₂-Problems gefordert, daß bis zum Jahr 2000 eine 30%ige, bis zum Jahr 2020 eine 50%ige und bis zum Jahr 2050 eine 80%ige Kohlendioxidreduktion stattfinden müsse. Das sind Aussagen von Experten, die kritisch gegengeprüft wurden. Oder Rudolf v. BENNIGSEN-FÖRDER, der allzu früh verstorbene Vorstandsvorsitzende der VEBA-AG, hat in einem seiner letzten Vorträge 1989 vor dem Wirtschaftsrat der CDU als Fundament der nationalen, wie der internationalen Energiepolitik das erheblich verstärkte Energiesparen gefordert: »Das erheblich verstärkte Energiesparen muß weltweit den größten Einzelbeitrag zur Problemlösung leisten, sonst scheint die Aufgabe nicht lösbar.«

Dieses Prinzip des haushälterischen und grenzenbewußten Wirtschaftens müßte heute für alle Bereiche, für den Bereich der Verkehrspolitik, der Entsorgungspolitik, der Chemiepolitik, für alle Bereiche der industriellen Produktion gewährleistet werden. Im Chemiebereich beginnen die Verantwortlichen immerhin, sich über eine Neuorientierung der ökologischen Verantwortung in der chemischen Produktion Gedanken zu machen. In einem Grundsatzkonzept des VCI (Verband der Chemischen Industrie) heißt es:

»Die Chemische Industrie hat sich, zumindest in den Entwicklungsländern, zu einer Selbstkontrolle bekannt, diese beruht auf der Überzeugung, daß der verantwortliche Umgang mit Stoffen aus folgenden Komponenten besteht:

- Optimierung des Rohstoffeinsatzes,
- Immissionsarme Reaktionsführung im Hinblick auf Abluft, Abwasser und Abprodukte,
- Herstellung eines funktionsgerechten, für Mensch und Umwelt möglichst risikoarmen Stoffes bzw. Produktes,
- Mögliche Wiederverwendung der Stoffe oder umweltgerechte Entsorgung.«

Für alle Bereiche der Technikentwicklung und der wirtschaftlichen Produktion lassen sich inzwischen, teilweise in Praxisansätzen, teilweise nur aus theoretischen Erwägungen Beispiele dafür anführen, wie massiv sich das bisherige Konzept des Technikansatzes und der Produktionsinteressen zu verändern beginnt, wenn die fundamentale Frage nach der Verantwortung des Menschen gegenüber der Umwelt beim Produktionskalkül und bei der Technikentwicklung zugelassen wird.

Ich betrete die *Ebene der Ökonomie* und beleuchte sie ganz kurz. Nach wie vor ist es ja so, daß wir den Erfolg unseres Wirtschaftens ausweisen mit dem Wachstum des Bruttosozialproduktes. Allerdings werden bei dieser Berechnung noch immer die Schadkosten, die im Gefolge unseres Wirtschaftens entstehen, ausgeklammert. Erfahrungsgemäß entstehen in der Bundesrepublik im Gefolge des durchschnittlichen Wachstums pro Jahr Schadkosten in einer Größenordnung von ca. 475 Milliarden Mark. Die Einschätzungen schwanken hier zwischen 400 und 800 Milliarden DM. Das heißt, schon die Fundamente unseres Wirtschaftens entbehren nach wie vor jener neuen Einstellung, die in der Ökologiediskussion und im Umweltbewußtsein der Öffentlichkeit als Nachhaltigkeit eingefordert wird. Um es an einem anderen Beispiel noch einmal zugespitzt zu formulieren: Ein Mittelklassewagen, der bei uns ca. 25.000 DM kostet, müßte, wenn wir alle Schäden, die durch die Herstellung, den Betrieb und durch die Beseitigung dieses Autos entstehen, in die Kosten mit hinein nehmen, ca. 85.000 DM kosten. An dieser Stelle wird noch einmal in Zahlen die wertmäßige Differenz in unserer Lebenswirklichkeit deutlich. Wir reden von der Notwendigkeit des Umweltschutzes und einer tiefer greifenden ökologischen Besinnung, aber dort, wo wir produzieren und konsumieren, tun wir es immer noch auf der alten Basis: Natur ist unterbewertete Ressource für unseren Eigennutz und wird in keiner Weise - grundsätzlich, aber auch praktisch - in das ökonomische Kalkül unseres Handelns einbezogen. An dieser Stelle entsteht das Anliegen, durch eine Ökonomie eine neue Gleichgewichtigkeit der Interessen herzustellen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter und betrete die *rechtliche Ebene*. Die gegenwärtig gerade wieder in Diskussion befindliche Neufassung des Grundgesetzes wird nach langen hartnäckigen Diskussionen im Vermittlungsausschuß nun auch einen Paragraphen enthalten, in dem der Schutz der Umwelt in der Verfassung verankert wird: Schutz der Natur, nicht nur um des Menschen Willen, sondern um ihrer selbst Willen. Ohne diese grundlegende Neuorientierung in der Rechtsordnung wird das, was sich die ökologischen Theoretiker erträumen, nicht zu gewährleisten sein. Die Gleichstellung der Natur als Rechtssubjekt im menschlichen Recht würde es notwendig machen, in allen einschlägigen Gesetzen, in denen es um die Regulierung der Nutzung von Natur geht, im Sinne dieses grundsätzlichen Gleichheits-

prinzips dann wirklich auch Waffengleichheit zwischen menschlichen Naturbedürfnissen und nichtmenschlichen Naturbedürfnissen herzustellen. Auch an dieser Stelle wird noch einmal die hohe Differenz deutlich zwischen dem, was wir als Aufgabe empfinden, und dem, was bis heute erreicht worden ist.

Ich betrete eine vierte Ebene, die *Ebene unserer privaten Lebensgestaltung* [...]. Angesichts der Probleme, die ich aufgerissen habe und die im letzten alle global gesehen werden müssen, entsteht für viele Menschen die Perspektive der Aussichtslosigkeit. Was kann ich angesichts des fortgeschrittenen Zustandes auf der Erde, angesichts der kippenden Gleichgewichte zur Korrektur selbst beitragen? Das ist eine Aufgabe der Gesellschaft, das ist eine Aufgabe der politischen Verantwortung, das ist eine Aufgabe, die gerade auch durch die internationale Politik gewährleistet werden muß.. Und in diesem Sinne ist es nur zu begrüßen, wenn es öffentliche Appelle aus der Gesellschaft an die politisch Verantwortlichen gibt, nicht zuletzt auch die Aktion »Ökologischer Marshallplan«, der von Franz ALT angesichts der Klimagefahr propagiert wird. So etwas kann man nur unterstützen.

Auf der anderen Seite steht und fällt die Veränderung damit, daß möglichst viele einzelne in der Gesellschaft nicht nur solche Forderungen erheben, sondern bei sich selbst mit der Neuorientierung Ernst machen. Dazu ein kleines Beispiel: als die Klima-Enquête-Kommission ihren Bericht veröffentlichte, hat eine Gruppe von Wissenschaftlern ihrerseits eine Erklärung abgegeben und die Dringlichkeit der Forderungen der Enquête-Kommission unterstrichen, dann aber abweichend von der Art und Weise, wie sich Wissenschaftler in der Regel in der Öffentlichkeit äußern, eine persönliche Erklärung hinzugefügt. In dieser Erklärung² heißt es:

»Wir verpflichten uns deshalb als ersten Schritt zu folgenden fünf Maßnahmen:

1. Wir reduzieren die Benutzung des Autos im nächsten Jahr um mindestens 30% und halten uns ans Tempolimit. (Hier wird nicht der Verzicht aufs Auto gefordert, aber die Frage, wann ich Auto fahre, welches Auto ich fahre und wie ich fahre, dies ist zweifellos eine Frage meiner Verantwortung! Anm. d. Verfassers.)
2. Wir wollen in unsrem privaten Bereich denn Energieumsatz in den nächsten zehn Jahren halbieren.
3. Wir verzichten im täglichen Gebrauch auf FCKW.
4. Wir halbieren unseren Fleischverbrauch.
5. Wir boykottieren die Nutzung von Tropenholz.«

Natürlich könnte man einen solchen Tugendkatalog auch in andere Konsumbereiche hinein ausweiten, nicht zuletzt in den Bereich des Chemiekonsums, wo wir ja nach wie vor einer neurotischen Praxis folgen: Eine überzogene Reinlichkeit im persönlichen Bereich auf Kosten der verschmutzten Umwelt!

Alles das, was ich Ihnen vorgetragen habe, zeigt, daß der ökologische Aufbruch des Bewußtseins nicht nur Theoriefragen erzeugt hat, sondern auch bis in die Praxis hinein Folgen gezeigt hat. Alles dieses wäre nicht entstanden, wenn es nicht leidenschaftliche Streitprozesse gegeben hätte. Dazu rechne ich die Wahrnehmung des Demonstrationsrechtes, den öffentlichen Prozeß, den Klageweg. An der äußeren Peripherie dieses Streitprozesses

[²Siehe auch unter »Ökologische Selbstverpflichtung. Aufruf zum Handeln« in diesem Tagungsband.]

se, in dem Argumente getauscht werden müssen, ist ganz selbstverständlich auch die Aktion des gewaltlosen zivilen Ungehorsams eine Möglichkeit, seine Stimme zu erheben. So votiere ich für die Zukunft auf Fortsetzung eines gewaltigen gesellschaftlichen Lernprozesses, bei dem es darum geht, wie die Bedürfnisse der nichtmenschlichen Natur mit den Bedürfnissen der menschlichen Gesellschaft in Einklang zu bringen sind. Als Fundament jener fortzusetzenden ethischen Besinnung und neuen Verantwortungskultur würde ich den öffentlichen Diskurs und das öffentliche Abwägen ansehen. Zu diesem Diskurs, zu diesem Streiten und Abwägen in der Öffentlichkeit, gehören im wesentlichen vier Elemente:

1. Es bedarf einer Pluralität von Zukunftsentwürfen, in denen sich die verschiedenen Optionen spiegeln. Hier müssen alle Entwürfe zugelassen sein, die der Technokraten von gestern wie die der sogenannten Spinner von morgen. Nur wenn wir das Feld ganz aufmachen und leidenschaftlich nach allen Seiten hin nach den Optionen und ihrer Vergleichbarkeit fragen, tut sich das Feld der Möglichkeiten für uns hinreichend auf, scheint auch das auf, was wir als Lebensbedürfnis kommender Generationen abzuwägen haben, wird auch das sensibel erfahrbar, was wir als die geheimnisvollen Bedürfnisse der nichtmenschlichen Natur bezeichnen können.
2. Dieses Nebeneinander äußerst verschiedener Zukunftsbilder, technisch, sozial, gesellschaftlich, spirituell – selbstverständlich spielt in einer offenen Gesellschaft auch die Spiritualität, ob christlich oder nichtchristlich, eine wichtige Rolle für die Neuorientierung –, dieses Nebeneinander äußerst verschiedener Zukunftsbilder bedarf des kritischen Vergleichs unter sorgfältiger Zurkenntnisnahme der jeweiligen Bewertungsvoraussetzungen, aufgrund derer wir ja zu verschiedenen Ergebnissen kommen. In der Regel wird ja nicht falsch gerechnet oder falsch bilanziert, weil eine falsche Mathematik angewendet wird. Die Unterschiede der Experten beruhen vielmehr darauf, daß verschiedene Bewertungsvoraussetzungen vorliegen. Also müssen wir sie in den Vergleich miteinbeziehen. Ein solches Vorgehen erfordert mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung, natürlich auch mehr Zeit, obwohl wir gar keine Zeit mehr haben. Aber das ist unverzichtbar, und hier gibt es eine Menge von Möglichkeiten über die Mitwirkung der Öffentlichkeit an solchen Prozessen nachzudenken. Leider hat die Reformkommission für die Verfassung diesen ganzen Bereich völlig unterbelichtet gelassen.
3. Alles in allem ginge es um die Mobilisierung eines neuen Zusammenhangswissens, das die harten Fakten des Spezialwissens aufnehmen, dann aber auch in ökologische und soziale Zusammenhänge sehr weiten Ausmaßes integrieren müßte.

Quelle

Der Präsident der Universität Osnabrück & Der Rektor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Hg.) (1996): Mensch - Technik - Umwelt. Internationale Sommeruniversität Münster/Osnabrück 1994.- Universitätsverlag Rasch, Osnabrück, S. 86-98 (Ausschnitt S. 94-98).

Wiedergabe mit freundlicher Genehmigung des Universitätsverlags Rasch, Osnabrück



Autor

Prof. Dr. Dr. Günter Altner, geboren 1936 in Breslau, Dr. theol., Dr. rer. nat., Univ.-Prof. an der Universität Koblenz-Landau, Abt. Koblenz.

Studium der ev. Theologie und der Biologie, Promotion in beiden Fächern. 1968-71 Studienleiter für theologisch-naturwissenschaftliche Grenzfragen an der Evangelischen Akademie Mühlheim/Ruhr. 1971-73 Professor für Humanbiologie an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd. 1973-76 Wissenschaftlicher Referent an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg für Grenzfragen im Bereich Naturwissenschaften und Theologie. Seit Frühjahr 1977 Univ.-Prof. für ev. Theologie an der Universität Koblenz-Landau, Schwerpunkt Systematische Theologie.

1977 Mitbegründung des Instituts für angewandte Ökologie e.V. (Öko-Institut) in Freiburg. 1979-82 Mitglied der Enquête-Kommission »Zukünftige Kernenergiepolitik« des Deutschen Bundestages. Vorsitzender des Beirats des Wissenschaftlichen Zentrums für Umweltsystemforschung an der Universität/Gesamthochschule Kassel. Vorsitzender der Kommission für schulische Umwelterziehung im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz. Mitglied der wissenschaftlichen Kommission »Ökologische Zukunftsforschung« beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Landes Hessen. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Institutes für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Berlin.

Publikationen (Auswahl)

- 1968 Weltanschauliche Hintergründe der Rassenlehre des Dritten Reiches.- EVZ-Verlag, Zürich.
- 1969 Kreatur Mensch.- Heinz Moos Verlag, München (dtv 1973, englische und amerikanische Ausgabe).
- 1978 Histologische und vergleichend anatomische Untersuchungen zur Ontogenie und Phylogenie des Handskeletts von Tupaia glis und Microcebus murinus.- S. Karger, Basel/New York.
- 1974 Schöpfung am Abgrund - Die Theologie vor der Umweltfrage.- Neukirchener Verlag, Neukirchen (2. Aufl. 1978).
- 1975 Zwischen Natur und Menschengeschicht.- Chr. Kaiser Verlag, München.
- 1977 Das Kreuz dieser Zeit - Von den Aufgaben des Christen im Streit um die Kernenergie.- Chr. Kaiser Verlag, München.
- 1980 Leidenschaft für das Ganze - Zwischen Weltflucht und Machbarkeitswahn.- Kreuz-Verlag, Stuttgart.
- 1981 Der Darwinismus - Die Geschichte einer Theorie.- Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt
- 1981 Tod, Ewigkeit und Überleben - Todeserfahrung und Todesbewältigung im nachmetaphysischen Zeitalter.- Quelle & Meyer, Heidelberg.
- 1984 Fortschritt wohin? Der Streit um die Alternative.- Neukirchener Verlag, Neukirchen.
- 1984 Rund um die Uhr - Unterwegs für Umwelt und Frieden.- Kösel Verlag, München.
- 1991 Naturvergessenheit - Grundlagen einer umfassenden Bioethik.- Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.



- 1991 Über Leben: Von der Kraft der Furcht.- Patmos Verlag, Düsseldorf.
- 1994 Ethische Aspekte der gentechnischen Veränderung von Pflanzen.- Heft 17 im Verfahren zur Technikfolgenabschätzung des Anbaus von Kulturpflanzen mit gentechnisch erzeugter Herbizidresistenz. Veröffentlichung der Abteilung Normbildung und Umwelt des Forschungsschwerpunkts Technik, Arbeit, Umwelt des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- 1995 (zusammen mit H.P. DÜRR, G. MICHELSEN und J. NITSCH: Zukünftige Energiepolitik, Vorrang für rationelle Energienutzung und regenerative Energiequellen. Potentiale und Handlungsfelder.- Eine diskursorientierte Studie im Auftrag der Niedersächsischen Energieagentur. Economica Verlag, Bonn.
- 1992ff. (Hg., zusammen mit Barbara METTLER-MEIBOM, Udo E. SIMONIS & Ernst U. von WEIZÄCKER (Hg.): Jahrbuch Ökologie 1992ff.- Verlag C.H. Beck, München.



Brennpunkt Chlorchemie

Zwei Drittel des BASF-Umsatzes hängen am Chlor

Diskussion trifft 6000 von 8000 Verkaufsprodukten und über 20 000 Stellen in Ludwigshafen

Ludwigshafen. Würde das Ludwigshafener Chemieunternehmen BASF AG auf Chlorchemie verzichten, dann würden dem Unternehmen nach eigenen Angaben genau zwei Drittel des Umsatzes verlorengehen. Das sind bezogen auf 1995 fast 14 Milliarden DM.

Am Standort Schwarzheide in Brandenburg sei nahezu der gesamte Umsatz von der Chlorchemie abhängig, heißt es bei der BASF. In Schwarzheide werden hauptsächlich Vorprodukte für Polyurethane hergestellt. [...]

Umweltverbände wollen Umwandlung und Ausstieg

Greenpeace: Keine chlorhaltigen Massenprodukte mehr ab 2000 - BUND: Strukturwandel mit angemessenen Übergangszeiten

Umweltverbände wie Greenpeace und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordern den Ausstieg aus der Chlorchemie beziehungsweise deren Umstrukturierung. Nach

ihrer Ansicht wird ein erheblicher Anteil der heutigen Umweltgifte und Umweltschäden durch die Chlorchemie verursacht. [...]

Kommentar

ALLES CHLOR?

[...] Die pauschale Forderung aber, sozusagen vorbeugend aus der Chlorchemie auszusteigen, ist nicht angemessen. Chlorchemie ist das Rückgrat der chemischen Industrie, viele Arbeitsplätze hängen davon ab. Produkte der Chlorchemie sind weit verbreitet

und teilweise von großer Bedeutung. Ein Ausstieg aus der Chlorchemie wäre der Ausstieg aus dem internationalen Wettbewerb und der Einstieg in eine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland.

Quelle: Die Rheinpfalz, Nr. 67, Dienstag, 19. März 1996.